

3033/AB XXI.GP

Eingelangt am: 08.01.2002

Bundeskanzler

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Cap und GenossInnen haben am 13. November 2001 unter der Nr. 3065/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Beginn des Wahlkampfes von ÖVP und FPÖ auf Kosten der SteuerzahlerInnen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich namens der Bundesregierung wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

Eines der wichtigsten Ziele dieser Bundesregierung ist es, den Bundeshaushalt zu sanieren, um den notwendigen budgetären Spielraum für Forschungs- und Bildungsausgaben, zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich und für vieles mehr wieder zu erreichen.

Dieses Ziel eines "Nulldefizits" wurde nunmehr schon im Jahr 2001 erreicht. Da dies nur unter besonderer Mithilfe der gesamten Österreichischen Bevölkerung möglich war, fühlte sich die Bundesregierung verpflichtet, die österreichische Bevölkerung in geeigneter Weise von dieser Zielsetzung zu informieren.

Eine formelle Beschlussfassung durch den Ministerrat ist nicht notwendig und erfolgte auch nicht.

Die Information erfolgte keineswegs tendenziös, sondern beruht auf objektiven Fakten, indem informiert wurde, daß durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Ländern, Gemeinden und Bevölkerung das Nulldefizit vorzeitig erreicht wurde. Darüber hinaus wurde auch darauf hingewiesen, daß das Nulldefizit durch weitere Spardisziplin abgesichert werden muß.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, daß auch frühere Bundesregierungen die Bevölkerung in diversen Inseratenserien über Vorhaben und Ergebnisse der Regierungsarbeit informiert haben. So liefen allein im Bereich des Finanzministeriums in

den Jahren 1997 bis zum Jahresbeginn 2000 15 Inseratenserien zu den Themen Steuerreform und Familiensteuerreform.

Zu den Fragen 7 bis 10:

Konzept, Inhalt, Umfang sowie Zeitpunkt einer Steuerreform sind derzeit Gegenstand von Expertenüberlegungen. Die Bundesregierung ist nämlich der Auffassung, daß eine Steuerreform, die diesen Namen verdient, gründlich vorbereitet werden muß.

Zu den Fragen 11 und 12:

In folgenden Druckschriften wurde zum angeführten Zeitpunkt eine Schaltung vorgenommen:

| | |
|--------------------------|-------------|
| Kurier Gesamtausgabe | 11.11. 2001 |
| Neue Kronen Zeitung | 11.11. 2001 |
| OÖ Nachrichten | 10.11. 2001 |
| Tiroler Tageszeitung | 10.11. 2001 |
| Kleine Zeitung Gesamt | 11.11. 2001 |
| Die Presse | 10.11. 2001 |
| Salzburger Nachrichten | 10.11. 2001 |
| Der Standard | 10.11. 2001 |
| WirtschaftsBlatt | 10.11. 2001 |
| Vorarlberger Nachrichten | 10.11. 2001 |
| Profil | 12.11. 2001 |
| Format | 12.11. 2001 |

Die Gesamtkosten belaufen sich auf ATS 4.490.800,23, das sind EURO 326.359,20. Die angegebenen Kosten sind Nettokosten und berücksichtigen alle Schaltkosten, Werbeabgaben sowie Rabatte.

Zu Frage 13:

Da die Bundesregierung - wie oben dargelegt - keine tendenziösen Inserate geschaltet hat, wurden auch keine Steuergelder verschwendet. Die Bundesregierung wird auch weiterhin die Bevölkerung über wichtige Themen informieren und der entsprechenden Informationspflicht nachkommen.